

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei ferier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Fernbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saatz- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Kurlands 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 9-10.

Die abgegebene Konspirationelle oder deren Raum kostet 1.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Beginnende Entspannung

Eine englische Erklärung

CC. London, 25. Mai.

Die englische Regierung läßt durch Havas erklären, in welcher Weise England bisher im ober-schlesischen Konflikt vorgegangen ist. In dieser Darstellung heißt es, daß Lord Curzon bereits am 25. April den englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, beauftragt habe, den Wunsch Englands, die Ab-sendung von Geld und Lebensmitteln nach Ober-schlesien, in Deutschland bekanntzugeben. Die Noten vom 22. und 23. 4. stellen das Vorgehen ausführlich dar und die Ent-scheidung englischer Truppen nach Ober-schlesien sei ein Beweis dafür, wie England an der Lösung der ober-schlesischen Frage interessiert sei.

CC. London, 25. Mai.

Gestern nachmittag Rattete der französische Botschafter in London Lord Curzon einen Besuch ab, um diesem Kommentare zur französischen Note, die an das Foreign office gerichtet war, zu geben. Darin hieß es, daß die englische Regierung ihren Bot-schafter in Berlin, Lord d'Abernon, beauftragt möge, daß dieser gemeinsam mit dem französischen, Charles Laurent, die deutsche Regierung veranlasse, die Grenze gegen Ober-schlesien hermetisch zu verschließen und die Reichsbank zu ver-anlassen, das Geld und die nötigen Lebensmittel nach Ober-schlesien zu senden. Es gelang dem französischen Bot-schafter aber nicht, dieses Verlangen bei Lord Curzon durchzu-setzen. England sei nicht geneigt, einen der-artigen Schritt gemeinsam mit Frankreich in Berlin zu unternehmen und überläßt es dem Vertreter Frankreichs, dies allein zu tun. Lord Curzon erklärte dann noch ausdrücklich dem französischen Botschafter, daß der englische Bot-schafter in Berlin, Lord d'Abernon, früher gehandelt habe als die Franzosen es verlangten. Die englische Regierung habe auch ferner alles Erforderliche ausgedehnt, um die Lage in Ober-schlesien zu klären. Der französische Botschafter Saint Valaire be-ab-sichtigt, heute neuerlich Lord Curzon einen Besuch abzukommen.

Verhaftung eines englischen Majors

London, 24. Mai.

Wie Reuters erfährt, sind hier Nachrichten eingegangen, wonach die polnischen Insurgenten den Major Powell, einen englischen Offizier, der bei der Interalliierten Kommission für Ober-schlesien angestellt ist, festgenommen haben. Powell wurde von den In-surgenten in unwürdiger Weise behandelt; er mußte den Weg in einem Eisenbahnwagen 4. Klasse zusammen mit deutschen Ge-fangenen zurücklegen und wurde von den Insurgenten mit Ge-schossen bedroht. Powell wurde durch die Vermittlung eines fran-zösischen Offiziers freigelassen und ist jetzt auf dem Wege nach London. Die englische Regierung hat Entschuldigung verlangt.

Ein Schritt der italienischen Regierung

Paris, 24. Mai.

Der italienische Botschafter Graf Bonin-Langare hat heute vormittag im Ministerium des Auswärtigen mitgeteilt, daß der italienische Botschafter in Berlin einen Schritt unter-nehmen werde, um die deutsche Regierung zu veranlassen, den Kampf von Deutschen gegen Polen einzustellen.

Die Verhandlungen zwischen Briand und Mayer

CC. Paris, 25. Mai.

Den Blättern zufolge hatte Briand in der ersten Unterredung, die er mit dem deutschen Botschafter Dr. Mayer hatte, erklärt, daß die von diesem überbrachte Note Deutschlands völlig unzureichend sei. Er werde daher in der Kammer eine ganz andere Rede halten müsse, wenn die Deutschen nicht ganz andere Vorschläge machen würden als sie ihm jetzt durch Dr. Mayer überbracht wurden. Um Briands Stellung zu retten, habe Dr. Mayer sich sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung gesetzt und war dann in der Lage, die Vorschläge zu machen, über die dann Briand in der Kammer sprach.

Nicht verhandeln, sondern handeln!

Nach Berichten Münchener Blätter hat gestern Abend der bayrische Ministerrat unter dem Vorsitz des Mi-nisterpräsidenten von Kahr über die Ent-waffnungs-frage verhandelt. Heute soll eine Besprechung mit den Führern der Koalitionsparteien stattfinden, die sich mit der Ent-waffnungsfrage ein schneelles Tempo eingeschlagen wird. Lange genug ist bisher das Treiben der bayrischen Or-gesch-Regierung geduldet worden, und man soll nicht glauben, daß das, was endlich geschehen muß, noch länger hinaus geschoben werden darf. Schon wird durch das Reu-terische Bureau folgende Mitteilung verbreitet:

Obwohl Deutschlands Antwort bezüglich der Ausführung der Einzelheiten der Ent-waffnungsvorschläge erst am 31. Mai fällig ist, kann doch nicht Karl genug betont werden, daß

eine Verzögerung seitens der bayrischen Regie-rung in der Ausführung der von der deutschen Regierung in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen von der britischen und den anderen alliierten Regierungen nicht geduldet werden wird.

Es ist klar, daß diese Drohung von der englischen Regie-rung ausgeht, und daß hinter ihr die ganze Entente steht. Die Reichsregierung weiß nun, was sie zu tun hat. Jetzt darf nicht mehr verhandelt werden, sie muß handeln!

Die Pariser Presse zur Rede Briands

CC. Paris, 25. Mai.

Die Rede Briands findet in der gesamten französischen Presse lebhafteste Zustimmung. Nur Vertinax wendet sich im „Echo de Paris“ in den schärfsten Ausdrücken gegen den Ministerprä-sidenten. Er erklärt, daß die beiden politischen Richtungen, von denen Briand sprach, nicht zu Recht bestünden. Allerdings gäbe es niemanden in Frankreich, der leichtfertigerweise die Allianz zwischen Frankreich und England lösen wolle, aber um den Preis, den England fordere, sei diese zu kostbar. Lord George habe Reden gehalten, denen Frankreich niemals zustimmen könnte. Seine Haltung in der ober-schlesischen Frage verleiht in der krasse-ten Weise die Interessen, für die Frankreich sich immer eingesetzt hat. Vertinax gibt dann zum Schluß der Erwartung Ausdruck, daß Briand eine andere Rede halten werde.

Matin sagt, er habe sich über die äußere Politik im ganzen ausgesprochen, vor allem aber über die Londoner Konferenz, von der er glaube, daß sie solide Ergebnisse gezeitigt habe. Er habe aber auch die Politik auseinandergesetzt, die er verfolgen werde, solange er an der Spitze der Regierung stehe, eine Politik der Festigkeit, aber auch eine Politik der Einigkeit mit den Alliierten. Briand habe laut und vernünftig gesprochen, und seine Sprache sei nicht nur für die Kammer bestimmt gewesen, er habe auf die Worte hingewiesen, die von einer anderen Tribüne her gesprochen worden seien und die gewisse Nichtigkeiten verlangten. Er habe sie gebracht.

Das „Journal“ nennt die gestrige Sitzung eine irreführende Sitzung angesichts einer mißtraulichen, wenn nicht feindseligen Mehrheit. Briand habe den Abgeordneten auseinandergesetzt, aus welchen höheren Gründen das Ruhrgebiet nicht befestigt werden sei. Das sei eine schwierige Aufgabe gewesen. Nicht durch Redensarten habe der Ministerpräsident die Verammlung überzeugen können. Er habe sich an die Vernunft der Abgeordneten gewandt und sie durch eine solide Beweisführung dahin geführt, wohin er sie haben wollten: ihm zuzustimmen.

„Petit Parisien“ vertritt den Standpunkt, Briand habe gestern in seiner zweiseitigen Rede nichts im Schatten gelassen, weder was das ober-schlesische Problem anbetrifft, noch die bedeutenden Fragen, die durch das Abkommen von London und die Entschlei-dungen der Reparationskommission gestellt waren. Er habe den Wortlaut der Entscheidungen mitgeteilt, die in London getroffen worden seien, um dem Friedensvertrag von Versailles seine Wirksamkeit zu geben und um Frankreich die Zahlung seiner Schuld sicherzustellen. Er habe ferner die vollkommene Unabhängigkeit der souveränen Entscheidungen der Reparationskommission pro-klamiert und er habe endlich die Kammer vor die Frage gestellt, zu wählen zwischen der Politik des Bruchs und der Politik der Einheit mit den Alliierten. Der letzteren bleibe er ergeben, denn nur durch sie sei der Friedensvertrag von Versailles etwas wert.

Leon Blum erklärt im „Populaire“, Briand habe sich ent-schlossen gegen die reaktionären Ubertreibungen und gegen poin-caristische Angriffe gewandt. Offensichtlich habe er verstanden, daß er das erste Opfer der Torheiten werden würde, zu deren Ent-fesslung er viel beigetragen habe. Briand habe die Ereignisse in Ober-schlesien auf ihre wirkliche Bedeutung zurückgeführt. Er habe den guten Willen und den guten Glauben des deutschen Mini-steriums verkündet, und er habe seinen Entschluß dahin formuliert, daß er nicht nur auf den Bestzustand der Verbündeten Frankreichs, sondern auch auf die Meinung der Welt Rücksicht nehmen werde, von der er erklärt habe, daß sie gut sein soll für Frankreich. Endlich aber auch habe er die Deute verweigert, die um jeden Preis militärische Okkupation verlangten.

Eine Interalliierte Kommission nach Cottbus

Wie wir erfahren, hat sich eine Interalliierte Kommission nach dem Gefangenenlager Sietow bei Cottbus begeben, um dort fest-zustellen, welche Bewandnis es mit der Internierung der polnischen Ober-schlesier, die durch die Or-gesch-Banditen verhaftet worden sind, auf sich hat. Von dem Ergebnis dieser Untersuchung wird es abhängen, welche Forderung die Interalliierten Kommission in Oppeln an die deutsche Regierung richten wird. Sollte diese Forderung auf Freilassung oder Ueber-anantwortung der polnischen Internierten an die Interalliierte Kommission lauten, so erwarten wir von vornherein von der deutschen Regierung, daß sie zur Gutachtung des Unrechtes, das die Or-gesch-Banditen hier wieder einmal begangen haben, das Verlangen der Interalliierten Kommission erfüllt.

Wechsel in der Reichskanzlei. Offiziös wird mitgeteilt: Der Staatssekretär Albert in der Reichskanzlei hat bei der Reubildung des Kabinetts seinen Posten zur Verfügung gestellt und um einseitige Verletzung in den Ruhestand gebeten. Wie wir er-fahren, hat der Reichspräsident diesem Gesuchen nunmehr ent-sprochen. Mit der Führung der Geschäfte ist bis auf weiteres der Geheimrat Brodt beauftragt worden.

Ein Schritt zum Frieden

Die Rede Briands zeigt ein deutliches Abweichen von der rein militaristischen Gewaltpolitik, die in Frankreich vom Scheitern der Londoner Konferenz an die allein maßgebende zu sein schien. Herr Briand sprach diesmal nicht als Gen-darm; er drohte nicht, Hand an den Kragen zu legen, son-dern er sagte den französischen Rationalisten ruhig und nüch-tern, daß ihre Politik Frankreich isolieren und einer ganz ungewissen Zukunft ohne Freundschaften und ohne Ansehen ausliefern würde. Und in der Tat, dies- und jenseits des Rheins treibt der Nationalismus dieselbe Katastrophen-politik, nur daß die deutschen Rationalisten bei der Ohn-macht Deutschlands noch viel verrückter sind als die französi-schen Chauvinisten.

Daß Briand so sprechen konnte, ist die Folge einer deut-schen auswärtigen Politik, die endlich den wirklichen Macht-verhältnissen Rechnung getragen hatte und nach mehr als zwei Jahren der nationalistischen Phrasen und der eigenen Bedenklichkeiten endlich in jene Bahnen einbog, die die Un-ab-hängige Sozialdemokratie von jeher als die einzig wegsamen bezeichnet hatte. Die deutsche Politik — und das ist der schwere und verhängnisvolle Fehler aller früheren Regierungen — hat diesen Weg zu spät einge-schlagen, um günstigere Bedingungen für die Durchführung des Friedensvertrages zu erlangen; es ist aber nicht zu spät gewesen, um wenigstens eine völlige Katastrophe zu verhüten.

Wir wissen, daß der Friede nicht gesichert ist. Das ist er bei dem System der kapitalistischen Machtstaaten niemals. Aber seit der Unterzeichnung des Ultimatums können wir wenigstens unter günstigeren Bedingungen für das gesamte internationale Proletariat und insbesondere auch für die deutsche Arbeiterklasse für die Herstellung eines Friedenszu-standes, der wirklich diesen Namen verdient, ringen, und Schritt für Schritt vorwärts kommen in dem Streben, die internationalen Beziehungen der Völker immer mehr nach den Grundfäden der auswärtigen Politik der Arbeiterklasse, die Marx schon in seiner berühmten Inauguraladresse ge-zeichnet hatte, zu gestalten.

Es ist aber, das müssen wir immer wieder mit Genüg-tung sagen, ein geschichtliches Verdienst der Unabhängigen Sozialdemokratie, wenn die Vorbedingungen des Friedens-zustandes sich in Deutschland schließlich doch durchsetzen. Man erinnere sich doch nur, wie wir nicht nur während des Krie-ges, sondern auch nach dem Zusammenbruch völlig iso-liert waren in dem Kampfe gegen die nationalistische Ver-blendung und die politische Vorniertheit. Weder die Regie-rung, die unter dem maßgebenden Einfluß der Rechtssozia-listen stand, noch die Presse tat das Geringste, um dem deut-schen Volke die harten Notwendigkeiten und schweren Opfer, die ihm auferlegt waren, klarzumachen. Im Gegenteil, die militaristisch-nationalistischen Einflüsse verdrängen jede Mög-lichkeit rechtzeitiger Verständigung und schufen eine Atmo-sphäre, die zu immer neuen Krisen führte. Die Politik blieb völlig unrealistisch. Romantik und Sentimentalität ver-gifteten die öffentliche Meinung. Das alles stärkte bei den Gegnern die nationalistisch-militaristischen Strömungen, und führte schließlich dazu, daß der Glaube an die Böswilligkeit und Unehrllichkeit der deutschen Politik im Auslande immer mehr erstarrte.

So wandelte nicht nur das deutsche Volk, sondern die euro-päische Menschheit diese ganze Zeit über am Rande eines furchterlichen Abgrundes. Zweimal schien es, als würden wir in diesen Abgrund rettungslos hineintaumeln. Das eine Mal, als es sich um die Unterzeichnung des Frie-dens handelte, das andere Mal bei der Annahme des Ultimatums.

Das für die europäische Geschichte bestimmende Ereignis war die Unterzeichnung des Friedens. Seine Ablehnung hätte eine Erneuerung des Krieges und das Versinken Euro-pas in ein unentwirrbares Chaos bedeutet. Nur unzurech-nungsfähige Rindsköpfe, als die sich seitdem die Kommu-nisten aller Richtungen und aller Länder erwiesen haben, konnten glauben, daß solches Chaos sozialistische Ordnung gebären könne. Nur verantwortungslose Gewaltpolitiker konnten hoffen, daß aus dem Chaos die monarchistische Reak-tion sich erheben werde. Die Unabhängige Sozial-demokratie hat damals den Frieden ge-zettet. Sie rief die Massen auf, gegen die Regierung Scheidemanns, gegen die öffentliche Meinung, sie hat durch ihre Massenaktion allein die Widerstände besiegt, und der Vernunft zum Siege verholfen.

Die Annahme des Ultimatums war nicht minder wichtig. Sie vollzog sich unter weniger dramatischen Umständen, aber sie war die notwendige Konsequenz jener Unterzeichnung des Friedens und jener auswärtigen Politik, für die die Un-ab-hängige Sozialdemokratie ununterbrochen gekämpft hat. Auch hier war die Haltung unserer Partei entscheidend, die zuerst und am energischsten dafür eingetreten war, das Not-wendige zu tun, und neue Abenteuer zu unterlassen.

Die Annahme des Ultimatums hat die internationale Atmosphäre atembarer gemacht. Sie hat verursacht, daß in England jene Strömung, die die ökonomische Notwendigkeit der Vermeidung neuer Gewaltpolitik begriffte, sich stärker al-bisher durchsetzen kann und sie hat eine gewisse Schwächung der englischen Regierungspolitik bewirkt. Sie hat dadurch die Stoßkraft des französischen Chauvinismus vermindert,

Niemand kann zweifeln, daß die Ablehnung Deutschland sowohl das Ruhrgebiet als Oberschlesien gekostet hätte. Gestern aber hat Briand den Chauvinisten, die den Vormarsch ins Ruhrgebiet forderten, entgegenzutreten müssen. Oberschlesien ist gewiß noch gefährdet, aber was gerettet werden wird, das wird nur infolge der Annahme des Ultimatums gerettet werden. Gewiß ist die Zukunft noch dunkel und unsicher. Aber es ist jetzt möglich, die Vorstöße, die die Gewaltspolitik immer wieder machen wird, unter günstigeren Bedingungen abzuwehren.

Dazu ist freilich notwendig, daß die deutsche auswärtige Politik besonnen, nüchtern, und vor allem ehrlich geführt wird. Die Schritte, die Dr. Wirth in der auswärtigen Politik bisher getan hat, waren richtig. Aber jeder falsche Schritt kann außerordentliche Gefahren erneut herbeiführen. Jede Konzession an die nationalitätstheoretischen Forderungen hier würde einen neuen Triumph der Chauvinisten draußen bedeuten. Die auswärtige Politik läßt sich nicht führen mit den Parteien, die uns bis an den Abgrund geführt haben, und uns dann dort stehen lassen. Eine Rechtsorientierung würde nicht nur für die innere, sondern auch für die auswärtige Politik das Verderben bedeuten.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat die Genugtuung, in diesen Tagen zu sehen, daß die Politik, die sie befürwortet hat, die sich trotz aller Angriffe und Beschimpfungen auf unsere Partei durchsetzt, nützliche Wirkungen ausübt. Wir wollen darüber wachen, daß diese Wirkungen nicht auf neue verdrängt werden. Unser Festhalten an den internationalen sozialistischen Grundgedanken hat sich in der Schicksalsfrage Europas bewährt.

Die Stimmung in England

London, 25. Mai.

In dem diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es, die Antwortnote der deutschen Regierung in der ober-schlesischen Frage werde in britischen Kreisen nicht nur als sehr geschickt, sondern auch als in den meisten Fällen ungewöhnlich überzeugend angesehen. Wie es in dem Bericht weiter heißt, sei die Meinung, wonach die von dem Grafen Storza vorgeschlagene Grenzlinie in Oberschlesien den Polen mehr entgegengekommen, als die vom General de Marini vorgeschlagene Linie, durch Bemerkungen bestätigt worden, die der italienische Minister des Auswärtigen vor kurzem gegenüber dem britischen Botschafter in Rom machte.

London, 25. Mai.

Der Vorschlagsausgang für ein internationales Schiedsgericht in London hat eine Entschliebung angenommen, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß Deutschland aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen der Ergebnisse der großen Mehrheit beraubt werde, die sich bei der Volksabstimmung in Oberschlesien zu Gunsten Deutschlands ergeben habe, da die Abtretung von Gebietsteilen, die seit Jahrhunderten deutsch gewesen seien, an Polen infolge einzelner Mehrheiten in gewissen Gemeinden verkehrt und voller Gefahren für die zukünftige Wohlfahrt Europas sein würde. Der Ausschuss erklärt, die Zeit sei gekommen, wo alle aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Fragen dem Völkerbund überwiesen werden müßten.

Englische Preßstimmen

London, 25. Mai.

Die Rede Briands in der Kammer findet in der englischen Presse Zustimmung.

„Daily News“ schreibt, die Rede bedeute nicht nur eine Entschliebung zur Besserung mit Bezug auf das ober-schlesische Problem und so gut wie die Verzichtserklärung auf die Besetzung, sondern auch einen Schritt vorwärts zu einem Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Briand den Mut habe, fest auf seiner neuen Stellungnahme zu verharren, dann würde er etwas getan haben, was ihn sofort zu einem erfolgreichen Politiker und zu einem Staatsmann erhebe.

„Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß Briand gestern einer unruhigen und argwöhnischen Kammer gegenüberstand und daß es seine ganze Kunst und Geschicklichkeit erforderte, um mit der Frage fertig zu werden. Die Erklärung Briands, daß er sich —

was die Notwendigkeit der Erfüllung des Friedensvertrages bei der Regelung der ober-schlesischen Frage betrifft — in voller Übereinstimmung mit Lord George befindet, wird „Daily Telegraph“ zufolge mit tiefer Befriedigung aufgenommen. Das Blatt schreibt, es sei klar, daß Oberschlesien geteilt werden müsse, und es sei absurd, anzunehmen, daß Verzerrung entstehen müsse, weil eine gerechte Teilung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und ethnographischen Bedingungen nicht erfolgen könne. Während der letzten zwei Jahre seien schwierigere und heftigere Probleme gelöst worden.

„Times“ sagt, die Rede Briands habe dem französischen Premierminister eine Mehrheit in der Kammer gesichert. Zu der Erklärung Briands, daß die Aufrechterhaltung der Union zwischen Großbritannien und Frankreich die Grundlage seiner Politik sei, schreibt „Times“, zu dieser Politik werde das englische Volk ebenso stehen. Das einzige, was sein festes Vertrauen darin stören könne, werde sein, wenn eins der beiden Länder von dieser Politik abliehe in Verfolgung von Zielen und Bestrebungen, die die Vernunft und das moralische Urteil verdammen.

„Daily Chronicle“ schreibt, Briand scheine seine gewohnte Geschicklichkeit bewiesen zu haben. Das Blatt hofft, daß Briand in seinem Widerstand gegen die Mitglieder des Parlaments, die ihn zu einer Besetzung des Ruhrgebietes bewegen wollen, weiterhin fest bleiben werde. Keine Entente könne eine neue Besetzung des Ruhrgebietes übernehmen.

Die englischen Truppen für Oberschlesien

EC. London, 25. Mai.

Auf eine Anfrage erklärte gestern Lord Chamberlain im Unterhause, daß sich im gegenwärtigen Augenblicke noch keine englischen Truppen in Oberschlesien befänden. Lediglich englische Beamte seien noch in der internationalen Kommission tätig. Vier englische Bataillone aus den Rheinländern hätten aber Befehl erhalten, sich nach Oberschlesien zu begeben, und es sei auch eine Vermehrung dieser Truppen in Aussicht genommen.

Oberschlesien und die Stimmung in Polen

OC. Warschau, 24. Mai.

In der polnischen Presse schwillt die Erregung über die Verabschiedung des Vizepräsidenten Bily weiter. Bily war auf Verlangen der italienischen Regierung zurückgetreten, weil er das Verhalten der italienischen Truppen in Oberschlesien angegriffen hatte. Die Presse bezeichnet diesen Vorfall als schwere Verletzung der polnischen Souveränität, die auch innerpolitische Folgen haben werde. Der Zwischenfall habe die Kabinettskrisis in unmittelbare Nähe gerückt. Er sei auch insofern nicht erledigt, als Sapieha, der noch formell amtierende, sich weigere, die Verordnung über die Verabschiedung von Bily gegenzuzeichnen. In der Frage der Stellung zum ober-schlesischen Aufstand rückt der „Kurjer Poranny“ in auf-fallender Weise von Bly ab. Der Berichterstatter des Blattes schildert in trüben Farben die Zustände in Oberschlesien. Infolge der widersprüchlichen Anordnungen der Aufstandsführer, die der Lage politisch nicht gewachsen seien, verbreite sich unter den Aufständischen Entmutigung. Wirtschaftlich sei die Aufstandsbewegung hilflos. Die Störung im Kohlenexport und in der Lebensmittelzufuhr sowie der Geldmangel drohen mit verhängnisvollen Komplikationen. Kommunistische und separatistische Propaganda fänden reiche Nahrung in der Neutralitätspolitik der polnischen Regierung, die durch die Preisgabe der ober-schlesischen Aufständischen allgemeine Erbitterung hervorgerufen habe. Die polnische Politik drohe die Hoffnungen des polnischen Volkes endgültig zu vereiteln.

Die Entrüsteten

Die militärisch-schauvinistischen Verbände (Nationalverband Deutscher Offiziere, Verband nationalgeinnter Soldaten und Deutscher Offizierbund), die sich am Sonntag anlässlich ihrer Kundgebung in der Schuldfrage als unverbesserliche politische Rindsköpfe gezeigt haben, belästigen erneut die Öffentlichkeit. Sie haben an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem sie, unter Berufung auf die „Verdienste“, die die militärischen Freikorps den bisherigen Regierungen geleistet haben, dagegen protestieren, daß in der jüngsten Antwortnote der Regierung an die Entente der Sach enthalten ist, der Reichswehrminister habe schon vorher die zuständigen militärischen Stellen angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen zu verhindern seien,

um das Wiederaufleben des Freikorpswesens im Keime zu unterdrücken“.

Die Entrüstung der Herren Militaristen über diese durchaus zutreffende Erklärung der Regierung ist vollkommen unangebracht. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes steht auf dem Standpunkt, daß die militärischen Freikorps eine ungeheure äußere und innere Gefahr für das Volk bedeuten und nur neuen Blutumbauern Vorschub leisten. Daß die Regierung diese Abenteuer durch Förderung der Freikorps herausbeschwor, ist nur ein Beweis mehr gegen das Freikorpswesen, da jeder weiß, welche ungeheure Schädigungen dieses Abenteuer der gesamten deutschen Politik zugefügt haben. Unvergessen ist auch, daß die Freikorps fast zwei Jahre lang wie die Hunnen gegen die Arbeiterschaft gewütet und unzählige Opfer gefordert haben. Wenn die militärischen Verbände sich noch heute für die Freikorps einsetzen, so beweisen sie nur, daß sie nach wie vor an der nationalistischen Provokationspolitik nach außen und an der Hunnenpolitik nach innen festhalten gedenken.

Waffenschiebungen der Orgeß

Das Geständnis eines Hauptmanns

Das thüringische Ministerium des Innern teilt am 25. Mai mit: Am 20. Mai wurde in Weimar auf Antrag des thüringischen Ministeriums des Innern der Hauptmann a. D. Wolf v. Werder, 3. Bz. wohnhaft in Friedrichroda i. Thür., durch die Staatsanwaltschaft in Haft genommen.

Herr v. Werder hatte an eine im Ausland wohnende Freundin, die Baronin R., einen von der Postüberwachungsstelle geöffneten Brief gerichtet, in dem folgende Stelle vorkam: „Ich bleibe vorläufig hier! Ich bekam von unserer Organisation noch zwei Monate Gehalt, weil ich ein beschlagnahmtes Waffenlager wieder geholt habe. Mit falscher Reichswehr im Auto, ein Film, der mir viel Spaß gemacht hat. Meine Aufgabe in P. ist vollendet. Ich habe einige Aussicht, jetzt zur Gruppenleitung nach Bremen zu kommen.“

Der Reichskommissar für die Entwaffnung in Berlin hatte diese Briefstelle mit der Bitte um Untersuchung der Angelegenheit hierher übermittelt. In seiner Vernehmung im Ministerium des Innern hat Herr v. Werder u. a. erklärt, er sei Mitglied der Orgeß und für diese in der Provinz Hannover etwa ein halbes Jahr tätig gewesen. Von einer Waffenschiebung sei ihm etwas bekannt, er habe sie jedoch nicht selbst ausgeführt. Ein in einem Dorfe der Provinz Hannover bereits behördlich beschlagnahmtes Waffenlager sei von Offizieren a. D., die einer Selbstschutzorganisation angehört, unter Zuhilfenahme von Reichswehruniformen und mit Hilfe von Studenten, die als Reichswehrsoldaten verkleidet waren, im Laifauto der Beschlagnahme wieder entführt und einer bewaffneten Geheimverbindung, keines Wissens in Hamburg, zugeführt worden. Die betreffenden Offiziere hätten ihm diese Begebenheit bzw. schon ihr Vorhaben vor der Ausführung im Hotel Bristol in Hannover erzählt. Herr v. Werder hat weiter Mitteilungen gemacht, die weiteste Kreise interessieren dürften. Er gab an, daß solche Waffenschiebungen geheimer Organisationen, nach seiner Kenntnis, häufig vorkommen. Die Veranstalter solcher Waffenschiebungen reisten in der Regel unter falschem Namen. Auch in dem mitgeteilten Falle hätten die betreffenden Offiziere sich falsche Namen beigelegt. Seiner Freundin gegenüber will Herr v. Werder mit seiner Teilnahme an der Waffenschiebung lediglich renommieren haben.

Werder erzählte noch beiläufig, in Hannover läge eine große Waffenschatulle, die der Orgeß und den ihr verwandten Organisationen im Bedarfsfalle zur Verfügung stünde. Bei der Gründung von Lokalorganisationen der Orgeß seien die Mitglieder ausdrücklich darauf hingewiesen worden.

In seiner Vernehmung sagte er ferner aus, daß er sich mit der Orgeß getragen habe, in allernächster Zeit nach Schlesien zu gehen, wo, wie ihm von befreundeten Offizieren mitgeteilt worden sei, schon mehrere tausend Offiziere der Orgeß versammelt seien.

Eine Haftbeschwerde des Herrn v. Werder wurde von der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Weimar abgelehnt. Er wird der für seinen Wohnort zuständigen Staatsanwaltschaft in Gotha zugeführt werden.

Die Welt des Films

2. Wie entsteht ein Film?

Von Ricardus

Vergleiche den vorangehenden Artikel im Abendblatt vom 6. Mai.

Wenn die Frage gestellt wäre: „Wann entsteht ein Film?“, so könnte man sie sehr einfach wie folgt beantworten: „Ein Film entsteht, wenn ein Regisseur einen Fabrikanten oder sonst einen Kapitalisten gefunden hat, der ihm mindestens fünfmalhunderttausend Mark anvertraut; selbst auf die Gefahr hin, daß der Kostenvoranschlag noch um die Hälfte überschritten wird, der Film also dreiviertel Million kosten wird!“

In einem Film stecken nämlich heute, das ist weit über die Branche hinaus bekannt, außerordentlich große Werte, oder besser gesagt „Aufwendungen“. Diese Werte werden aber nicht durch das vorführungsfertige Positiv repräsentiert, sondern sie stecken in den Aufwendungen bis zum fertigen Negativ und es ist daher von Interesse, sich einmal die mannigfaltigen Ansprüche, die der werdende Film stellt, und wodurch die verschiedenartigsten Ausgaben hervorgerufen werden, vor Augen zu führen.

Die erste Grundlage für die Fertigstellung eines Unterhaltungsfilms (abgesehen von den reinen Naturaufnahmen, Lehrfilmen oder Industriefilmen) ist das Manuskript. Das Manuskript schildert die Handlung, bringt außer dem Haupttitel alle Zwischen-titel und legt ferner in kurzen Andeutungen die Bildersolge fest, indem jede einzelne Szene, die zu spielen ist, erläutert wird.

Die Art dieser Manuskripte ist sehr verschieden. Es gibt literarische Filme, deren Manuskripte von namhaften Autoren verfaßt sind. Es gibt Manuskripte, denen man Romane, Dramen oder Opern lebender oder verstorbener Dichter zugrunde legt und sie mit dem Titel dieses zugrunde gelegten — im Film manchmal zugrunde gerichteten — Wertes versieht. Zuletzt gibt es noch Manuskripte, die lediglich der Phantasie des Schreibers entsprossen sind. Doch auch diese sind — und das trifft wohl auf die Stoffe der Dramaturgen, wie auf diejenigen der Diskontanten zu meist irgendwelchen Erzeugnissen der bestehenden Literatur entlehnt. Sie sind zusammengesetzt und verarbeitet.

Hinzukommt, daß man für die großen Stars die Stoffe aus-sucht, die ihnen am meisten Gelegenheit geben, sich im höchsten Glanze ihres Könnens oder ihrer Eigenart zu zeigen und es werden vielfach den Künstlern die Rollen, wie man sagt, auf den Leib geschrieben, das heißt, der Dramaturg paßt den Stoff der Person und dem Können des Künstlers an.

Wenn nun die Aufnahmen beginnen sollen, ist der wichtigste Mann vom ersten bis zum letzten Augenblicke der Re-

gisseur. In seiner Hand liegt es, dem Bilde den Charakter zu geben, den der Dramaturg (es wäre gewagt, zu sagen „der Dichter“) zeichnen wollte. Der Regisseur bestimmt nicht nur die Motive für die Aufnahmen (ganz gleich, ob Innen- oder Außen-aufnahme), er läßt sich von seinen Mitarbeitern, als da sind Maler, Architekten, Ingenieure, Kostümlieferanten und dergleichen, Ideen und Entwürfe unterbreiten, prüft und wählt. Er verteilt die Rollen unter die Schauspieler und die Arbeiter unter die Hilfsregisseure. Er bestellt den Aufnahme-Photographen (Operateur) und muß dafür sorgen, daß zu der Stunde, die für die Aufnahme angelegt ist, alles Erforderliche zur Hand ist. Eine unausgenutzte Stunde oder ein verfehlter Aufnahmetag könnte nämlich große Mehrausgaben verursachen.

In dieser Hinsicht ist bei Aufnahmen außerhalb des Ateliers naturgemäß manches vom Wetter abhängig. Es ist vorgekommen, daß Hunderte von Statisten (Komparse genannt) zur Aufnahme bestellt waren, daß Pferdmaterial zur Verfügung stand und eine ganze Reihe anderer Vorbereitungen getroffen waren, und wegen Unwetters mußte alles ungerichteter Dinge heimgeschickt werden.

Jede Szene wird vor der Aufnahme geprobt. Ein tüchtiger Regisseur zeigt selbst dem namhaften Schauspieler, wie er sie spielen haben möchte. Er muß das herausholen, was stark zu spielen ist, und muß dort abhewachen, wo übertrieben wird.

So mühte der Regisseur eigentlich ein Universalgenie sein, dem nicht nur eine oberflächliche, sondern eine tiefere Kenntnis allen Wissens innewohnt, dem aber ferner nichts Menschliches, ob Lust, ob Leid, fremd ist, der Beobachtungen und Erfahrungen gesammelt und der genau so gut weiß, was der gute Ton am Hofe des Prinzen Jz von Pilsenstein zu den Zeiten vor der Revolution verlangte, wie er sich in einer Kaskadette im dunkelsten Berlin auskennt.

Daß solche Regisseure selten sind, ist verständlich. Immerhin muß anerkannt werden, daß manche, um die Darstellungen realistisch gestalten zu können, die Lücken ihres Wissens durch Fleiß und Beobachtung auszufüllen suchen.

Die Anforderungen des Films an den Schauspieler und die Schauspielerinnen sind, was die körperlichen Leistungen anbelangt, weit größere, als beim Theater. Besonders die Detektiv- und Abenteuerfilme verlangen in sportlicher Hinsicht alles Mögliche, und die Aufnahmen sind in der Tat — abgesehen von technischen oder photographischen Trips — oft mit Lebensgefahr verbunden.

Wie sieht nun das Glashaus, das moderne Atelier aus? Es birgt einen Fundus an bemalten Kulissen jeder Art, an silbernen Möbeln, Kostümen, Rüstungen, alten Waffen und Gegenständen des täglichen Gebrauchs. Seine technischen Einrichtungen gestatten ihm, heute einen Keller mit geheimen unterirdischen

gängen, von denen einer grauenhaft in einer wasserdurchströmten Höhle endet, herzustellen und morgen eine Zirkuskuppel oder das Oberste eines Fabrikshornsteins zu bauen. Tischler und Maler sind immer emsig bei der Arbeit, und der Beleuchtungsmeister sorgt dafür, daß die riesigen Scheinwerfer und sonstigen Lampenanlagen bereit sind, im Augenblicke des Arbeitens ihre Funktion zu übernehmen. In den Nebenräumen waltet der Verschönerungsrat seines Amtes mit Bürden, Puder und Farben, denn das Publikum will schöne Frauen und stattliche Männer sehen.

Bei großen und wichtigen Aufnahmen arbeiten meist zwei Aufnahmeapparate, damit eine technische Störung, durch die die Photographie leidet, nicht nochmalige Darstellung bedingt.

Die Aufnahme selbst, also die Photographie, ist heute von außerordentlicher Feinheit. Man muß sich in der Tat wundern, wie ein Zelluloidblättchen, das eine Größe von etwa 2x2 1/2 cm hat, alles das aufnimmt, was das Objekt erfährt. Und es erfährt bei richtiger Einstellung alles mit unerbittlicher Schärfe. Man denke an Aufnahmen von Massenmengen, wie sie in dem Film „Madame Dubarry“ gezeigt wurden, und bedenke, daß ein Stückchen Film von der vorerwähnten Größe das alles zu lammenbrängt, um es nachher in vielfacher Vergrößerung wieder auf die Leinwand zu bringen, ohne daß eine Gese, ein Mienenpiel verlorengeht. Hier hat die Technik ein Wunderwerk geschaffen; denn die photographischen Linsen reichen nicht nur weiter wie das normale menschliche Auge, sie erfassen das, was ein Bild des Menschen erschaut, stärker und halten dieses Bild fest, so daß es wieder und immer wieder unverändert hervorgezaubert werden kann.

Weil aber die Linsen so scharf sind und das Bild rücksichtslos alle Lichter und alle Schattierungen wiedergibt, muß sich der Aufnahme-Operateur dieser Schärfe bewußt sein und muß alles entfernen, was im Bilde störend wirken könnte. Der Apparat nimmt nämlich auch keine Rücksicht auf die Eitelkeit oder den Schmerz der Schauspielerin, sondern zeichnet jede Falte und jede Unedelmütigkeit des Anlasses, und der Film läßt sich — hierin weicht er von der übrigen Photographie ab — nicht retuschieren. Eine Retusche des Films ist, abgesehen von anderen Gründen, nicht möglich, weil das Filmband ja aus vielen tausend einzelnen Aufnahmen und somit einzelnen Bildern besteht. Diese vielen tausend Bilder müßten alle gleichmäßig einzeln retuschiert werden, und wenn das technisch möglich wäre, so stellte es doch eine kaum zu bewältigende Arbeit dar.

Doch wir sind jetzt mit der Aufnahme fertig, und es beginnt die Arbeit des Entwickelns. Dazu bedarf es geschulter Kräfte; denn jeder Teil, der anders beleuchtet oder belichtet werden soll, muß beim Entwickeln anders behandelt werden. Die entwickelten Teile ergeben, nachdem sie zusammengesetzt sind, das Negativ, auf welchem alles das Schwarz ist, was auf dem

